

Fraktionserklärung - Gemeinderat Stadt Zürich

Zürich, 1. Februar 2023

[Kommunaler Wohnbaufonds \(Weisungen 2022/085 und 2022/086\)](#)

Die masslose Einwanderung lässt die Mieten explodieren

Der Gemeinderat wird heute einem kommunalen Wohnraumfonds zustimmen, der mit 300 Millionen Steuerfranken ausgestattet ist. Die Stadtzürcher Wohnpolitik verspricht viel. Bewirken tut sie leider das Gegenteil.

Die Mieten steigen und steigen. Seit Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2002 haben die Mietpreise um satte 40 Prozent zugelegt. Per 1. Juni 2022 standen in unserer Stadt nur noch 161 Wohnungen leer. Das ist eine Leerwohnungsziffer von 0,07 Prozent. Im selben Jahr wuchs die Bevölkerung Zürichs wegen der verfassungswidrigen Nichtumsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative im hohen vierstelligen Bereich. Gleichzeitig wuchs das Wohnungsangebot lediglich dreistellig. Es kann gar nicht so viel gebaut werden, wie Personen einwandern.

Wer günstige Mieten will, muss die masslose Einwanderung stoppen. Die Stadt Zürich muss sich hierfür aussprechen und auf allen Staatsebenen ihr Möglichstes für die Begrenzung der Zuwanderung tun.

Aktuell findet sich die städtische Wohnpolitik auf dem Irrweg. Mit dieser Vorlage wird nun die Allgemeinheit zur Kasse gebeten. Eine subventionierte Wohnpolitik, vergünstigte Baurechtszinsen, Abschreibungsbeiträge, marktfremde Landpreise, usw. sollen es richten. Der 300 Millionen Franken teure Wohnbaufonds wird einige hundert Wohnungen fördern können. Bei über 230'000 Wohnungen und der masslosen Zuwanderung ist dies ein Tropfen auf den heissen Stein.

Der staatliche Eingriff in den Wohnungsmarkt kommt nicht der Allgemeinheit zugute. Davon profitieren wird maximal ein Prozent der Zürcher Bevölkerung. Das Prozent der Glücklichen. Der Privilegierten. Das Prozent der Gewinner, wie im Glücksspiel. Marktregulierende Verbilligungen haben schädliche Nebenwirkungen. Sie führen zu falschen Anreizen bei privaten Investoren.

Ist eine freie Wohnung ausgeschrieben, melden sich dann hunderte Bewerbende. Beim Zuschlag dürfen Sie mit über 100'000.- Franken Förderbeitrag pro Haushalt rechnen. Berücksichtigt werden auch nicht unterstützungswürdige Mieter mit Jahreseinkommen von bis zu 200'000.- Franken.

Jedes dritte Stadtzürcher SP-Fraktionsmitglied wohnt in einer gemeinnützigen Wohnung (Erhebung 2018). Die linken Politiker plädieren für «bezahlbare Wohnungen», welche sie sich dann selbst zuschanzen. Die linken Politiker quatschen von «Für alle – statt für wenige». Und mit «alle» meinen sie ihre Klientel und sich selbst. Luxussozialismus in Reinkultur!

Das Fazit ihrer vorgaukelnden Wohnpolitik lautet: Es werden zwar 300 Millionen verschleudert, aber ein funktionierender Wohnungsmarkt entsteht dadurch nicht. Im Gegenteil: Wenn die Stadt Wohnungen kauft, dann bleiben weniger auf dem freien Markt. Der schädliche Wohnbaufonds wird den Wohnungsmarkt weiter anheizen und die Preise steigen für alle.

Ein Menschenrecht auf eine schicke Altstadtwohnung zum Schnäppchenpreis gibt es nicht. Das Versprechen der Linken, mit fremdem Steuergeld einen funktionierenden Wohnungsmarkt schaffen zu können, ist eine Lüge. Es ist ein Fakt, dass seit der Personenfreizügigkeit die Mieten um 40 Prozent gestiegen sind. Die Linken versprechen günstige Wohnungen, aber die Mieten steigen und steigen.

Es gibt nur eine Lösung: Wir müssen auf Bundesebene die Masseneinwanderung stoppen. Das politische System der Schweiz ist durchlässig. Auch die Stadt Zürich kann Teil der Lösung sein. Der Stadtrat muss auf allen Staatsebenen sein politisches Gewicht in die Waagschale werfen und sich für die Begrenzung der masslosen Zuwanderung einsetzen. Stoppen wir die Masseneinwanderung nicht, werden die Mieten weiter steigen.

Weitere Auskünfte:

Gemeinderat Martin Götzl. SK FD (Sachkommission Finanzdepartement) 079 707 57 82
Gemeinderat Samuel Balsiger Fraktionschef 076 241 75 76